Reutlinger General-Anzeiger vom 30.05.2017

Reutlinger General-Anzeiger

**Seite:** 4 bis 4 **Ausgabe:** Hauptausgabe

**Ressort:** BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschichte - Historiker finden heraus, dass die Beamten der Landesministerien in der NS-Zeit wenig Widerstand leisteten

# Überwiegend willfährige Helfer

VON BETTINA GRACHTRUP

**STUTTGART.** Es hörte sich so gut an - und viele wollten es nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmt auch gerne hören: dass die Beamten in den Landesministerien von Baden und Württemberg besonders widerständig oder gar oppositionell gegenüber den Nationalsozialisten in der »Reichshauptstadt« Berlin gewesen seien. Allein: Es stimmt nicht. Das haben dreijährige Forschungen im Auftrag der Landesregierung gezeigt, deren Ergebnisse gestern in Stuttgart vorgestellt wurden. Der Historiker Joachim Scholtyseck von der Universität Bonn spricht von einem »Mythos«, von »reiner Folklore«. Obwohl die Forscher gezielt danach suchten, fanden sie kaum Belege für Widerstand oder Opposition in den Landesministerien.

Bundesweit sind nach Angaben des Stuttgarter Historikers Wolfram Pyta 15 Forschungsprojekte an den Start gegangen, um die NS-Vergangenheit in der Ministerialverwaltung zu betrachten. Die Projekte betreffen aber vor allem die Reichsebene - also die heutigen Bundesministerien. »Wir nehmen die Ebene der Länder ernst«, sagt Pyta. Es sei mitnichten so, dass in Berlin alles entschieden worden sei und in der Provinz die Idylle geherrscht habe. In bestimmten Politikfeldern - vor allem in der Schulpolitik - habe es eigene Akzente der Länder gegeben.

Die Landesministerien und die ihnen untergeordneten Behörden erwiesen sich als willfährige Diener der Nationalsozialisten. Wie der Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum ausführt, nahmen sie politische Gegner wie zum Beispiel Kommunisten und Sozialdemokraten in Schutzhaft. Sie bauten einen Verwaltungsapparat zur Durchführung von Zwangssterilisationen auf. Sie bereiteten die Deportation von Juden vor, indem sie »Judenkarteien« anlegten. Die Beamten organisierten die »Euthanasie« - also die Ermordung Kranker. Sie führten Verfahren gegen Lehrer, weil diese den Hitlergruß nicht ordentlich ausführten, und sie prüften die Preise bei Zwangsverkäufen jüdischer Immobilien.

*»Ein Prozess der Selbstgleichschaltung der Beamtenschaft«*

Und das größtenteils aus eigenem Antrieb heraus. Denn nach ihrer Machtergreifung hatten die Nationalsozialisten kaum Beamte in den Länderministerien ausgewechselt. »Ihre Umwandlung in Werkzeuge der Diktatur war vielmehr ein Prozess der Selbstgleichschaltung der Beamtenschaft und Ausdruck eines kollektiven politischen Opportunismus«, sagt Wolfram. Er erklärt dies mit der Haltung der Beamten vor 1933: In ihrem Selbstverständnis seien sie eher unpolitische Staatsdiener gewesen, deren persönliche Anschauungen häufig rechtsliberal, konservativ und nicht frei von antijüdischen Ressentiments gewesen seien. Insgesamt dürften drei Viertel der badischen und württembergischen Ministerialbürokraten NSDAP-Mitglied gewesen sein.

Bei missliebigem Verhalten gab es nach den Erkenntnissen der Wissenschaftler eher subtile Formen, Beamte zu maßregeln. Manche Staatsdiener seien in den Ruhestand gedrängt worden, anderen seien die Zulagen gestrichen worden. »Im Grunde genommen ist die Maximalsanktion, die Beamten gedroht hat, die Nicht-Beförderung gewesen«, sagt der Heidelberger Wissenschaftler Frank

Engehausen. Beamte, die wegen widerständigen Verhaltens im Gefängnis gelandet wären, seien jedenfalls in der badischen und württembergischen Ministerialbürokratie nicht entdeckt worden. Für Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) zeigen die Forschungsergebnisse, wie verletzlich die Demokratie ist. Unter dem NS-Regime habe es in den Ministerien in Baden und Württemberg eben keinen krassen personellen Schnitt, keinen Umbruch gegeben - das NS-Regime sei vielmehr auf »Samtpfoten« dahergekommen. »Wenn es so mühelos gelingt, das alltägliche Verwaltungshandeln unter den neuen Machthabern anzupassen, dann muss uns das zu denken geben - gerade in einer Zeit, in der die Systemgegner von den Rändern unserer Demokratie her versuchen, Oberwasser zu gewinnen«, warnte die Ministerin in Stuttgart. (dpa)

**Urheberinformation:** © 2017 Reutlinger General-Anzeiger